

Wahlkampf geht auf die Zielgerade

Schlagabtausch der Kandidaten: Diskussionsmarathon macht Station im K3N

Mindestlohn, Rente mit 67, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Gesundheitspolitik standen im Mittelpunkt einer Diskussion mit den Bundestagskandidaten, zu der der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am Montagabend in die Stadthalle K3N geladen hatte.

VON PHILIP SANDROCK

NÜRTINGEN. Einen politischen Rundumschlag in zwei Stunden hatte sich der Diskussionsleiter, der DGB-Kreisverbandsvorsitzende Thomas Bittner, vorgenommen. Bittner hatte eine schwere Aufgabe für die Bundestagskandidaten vorgegeben: Vier Themenblöcke, ein Saal voller Gewerkschafter und fünf Minuten Redezeit pro Kandidat und Thema.

Die fünf Direktkandidaten des Wahlkreises liefern sich derzeit einen regelrechten Diskussionsmarathon. Beinahe täglich treten die fünf Bewerber Michael Hennrich (CDU), Rainer Arnold (SPD), Judith Skudelny (FDP), Andreas Schwarz (Grüne) und Jochen Findeisen (Linke) gegeneinander an.

Der terminlich verhinderte Hennrich wurde am Montag allerdings durch Christian Bäumler ersetzt, den Landesvorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse und Vertreter des Arbeitnehmerflügels der Union. Der Jurist überraschte die Zuschauer, als er der FDP-Kandidatin offen widersprach: „Ihre Aussage ist der Grund dafür, warum ich für den Ausbau der Arbeitnehmerrechte bin.“

Zuvor hatte Skudelny sich gegen die Einführung von Mindestlöhnen und für die Abschaffung des gesetzlichen Kündigungsschutzes ausgesprochen. Notfalls könne eine zu zahlende Abfindung ja gerichtlich überprüft werden. Dem widersprach



Von links: Judith Skudelny (FDP), Christian Bäumler (CDU), Moderator Thomas Bittner, Andreas Schwarz (Grüne), Rainer Arnold (SPD), Jochen Findeisen (Linke). Foto: psa

Bäumler energisch: „Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, indem man den Kündigungsschutz abschafft, sondern wenn die Auftragslage stimmt.“ Er halte es für einen fatalen Fehler, den Kündigungsschutz abzuschaffen und keine Mindestlöhne einzuführen.

Arnold sagte, dass er die Stärkung der Leiharbeit im Zuge der Hartz-Reformen rückblickend für falsch halte. Sie drücke das Lohnniveau und verleite zu Missbrauch. Spätestens nach vier bis sechs Monaten müssten Festangestellte und Leiharbeiter gleich bezahlt werden: „Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn.“

Ähnlich äußerte sich auch Findeisen: „Ich sehe nicht ein, dass Leiharbeiter nach einer kurzen Eingewöhnungsphase nicht genauso viel verdienen sollen wie die anderen auch.“ Seine Forderung: zehn Euro

Mindestlohn für alle Branchen. „Leiharbeit ist missbraucht worden“, stellte auch Schwarz fest. Man müsse von ihr abkommen. Wenn Mindeststandards nicht eingehalten werden, müsse der Staat eingreifen. Dazu gehöre gerechte Bezahlung und ein Arbeitsrecht, das vor Willkür schütze.

Die auffälligsten Gäste der Diskussion waren die Junggewerkschafter der IG Metall. Die Nachwuchsmetaller haben die „Operation Übernahme“ ins Leben gerufen und setzen sich für die Übernahme der Auszubildenden in der Metallindustrie ein. Ganz in Schwarz-Gelb gekleidet marschierten sie fahnenstochernd in den Saal, um energisch mitzudiskutieren. Die Farbkombination sei unglücklich gewählt, sagte einer der Teilnehmer. Sie sei keineswegs als politisches Statement zu verstehen, fügte er augenzwinkernd hinzu.